



Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

Herrn  
Manfred Hanselmann  
Erster Stadtrat i. R.  
Tiefes Moor 76 A  
30823 Garbsen

**Dr. Ursula von der Leyen**

Bundesministerin

Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2323

FAX +49 30 18 527-2326

E-MAIL [ministerbuero@bmas.bund.de](mailto:ministerbuero@bmas.bund.de)

Berlin, 4. August 2011

Sehr geehrter Herr Hanselmann,

für Ihr Schreiben zu Jugendwerkstätten in Niedersachsen, welches Sie mir über den Vorsitzenden der CDU-Fraktion der Region Hannover, Herrn Wicke, zukommen lassen haben, danke ich Ihnen. Ihre hierin geäußerte Befürchtung, die gute und wertvolle Arbeit der Jugendwerkstätten in Niedersachsen könne durch geplante Änderungen in der Rahmengesetzgebung nicht fortgeführt werden, halte ich für unbegründet. Auch nach der Reform der arbeitmarktpolitischen Instrumente wird es den Jobcentern in erforderlichem und ausreichendem Umfang möglich sein, Maßnahmen in Jugendwerkstätten adäquat zu fördern.

Ziel des Gesetzentwurfes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt ist es auch, die Handlungsmöglichkeiten der Jobcenter über die bisherige, vor allem in Niedersachsen besonders starke Nutzung von Arbeitsgelegenheiten hinaus deutlich zu erweitern. Die Jobcenter sollen mehr auf den konkreten Bedarf eingehen und flexibler entscheiden können, welche Förder- und Aktivierungsmaßnahme die Eingliederungschancen der jugendlichen und erwachsenen Hilfebedürftigen wirklich verbessert.

Die gesetzliche Neuregelung sieht zwar vor, dass die Trägerkosten bei der Förderung von Arbeitsgelegenheiten begrenzt werden. Das bedeutet aber lediglich, dass die Förderung von Maßnahmen in Jugendwerkstätten in Niedersachsen nicht ohne weiteres in der bisher gewohnten Form fortgeführt werden kann.

Seite 2 von 2

Dies muss aber kein Nachteil sein, denn es gibt eine Vielzahl von alternativen Wegen, die Finanzierung auf andere, tragfähigere Füße zu stellen; wie es folgende Optionen, die in etlichen anderen Bundesländern auch praktiziert werden, zeigen.

Geht es bei einem Jugendlichen nicht nur um die bloße Beschäftigung, sondern um Qualifizierung, Unterstützung und Stabilisierung, so ist die Förderung über Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen vielfach besser geeignet als das Instrument der Arbeitsgelegenheiten. Diese Möglichkeiten stehen ausdrücklich für die jungen Menschen zur Verfügung und werden nach wie vor von den Jobcentern finanziert.

Daneben besteht die Option, Beschäftigung, Aktivierung und Qualifizierung verzahnt in Teilzeitmaßnahmen durchzuführen.

Schließlich können vor Ort auch die im Zuge der geplanten Gesetzesänderung verbesserten Möglichkeiten der Freien Förderung genutzt werden, um die notwendige Unterstützung zu organisieren.

Sollen junge Menschen an eine Berufsausbildung herangeführt werden, ist nach eventueller Vorförderung über eine Maßnahme der Aktivierung und beruflichen Eingliederung oder eine Arbeitsgelegenheit der Vorrang berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen zu beachten. Auch eine Einstiegsqualifizierung kann in Betracht kommen.

Den Jobcentern vor Ort wird somit auch nach der Instrumentenreform eine Vielzahl an Möglichkeiten, die gute Arbeit der Jugendwerkstätten zu fördern und die Eingliederungsmittel so einzusetzen, dass junge Menschen ihre Chancen auf einen Job im ersten Arbeitsmarkt verbessern, zur Verfügung stehen.

Ich bin zuversichtlich, dass Niedersachsen die Umstellung auf die neue Förderung gelingen wird und damit den besonderen und bundesweit einzigartigen Weg der gemeinsamen Förderung von Jugendwerkstätten durch Land und Jobcenter erfolgreich fortsetzen kann. Das Jobcenter Region Hannover beispielsweise sieht in Kenntnis der Strukturen vor Ort keine besonderen Probleme bei der Umstellung auf zum Teil neue Förderbedingungen.

Mit freundlichen Grüßen

